

# Haushaltsrede der UWG-Fraktion zum Haushalt 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

vor einigen Jahren sagte unser Kämmerer einmal mehr oder weniger beiläufig, dass wir im Prinzip keine besonders finanzstarke Gemeinde seien, dass wir aber durch das permanente Achten auf Sinnhaftigkeit von Ausgaben finanziell vergleichsweise gut da stehen. Selbstverständlich sind wir nach wie vor auf Landeszuweisungen angewiesen, man kann aber durchaus feststellen, dass die eigene Finanzkraft in den letzten Jahren vor allem in Form der Gewerbesteuer permanent zugenommen hat. Natürlich haben wir höhere Einnahmen, wenn die Wirtschaft gut läuft, man darf aber, glaube ich, auch feststellen, dass wir einen guten Branchenmix mit überwiegend gesunden Firmen in der Stadt haben, die Gewerbesteuer zahlen und dies auch mittel- und langfristig können werden. Vor diesem Hintergrund ist uns der städtische Ansatz für die Breitbandversorgung ein wenig niedrig. Wir Politiker aber auch die Vertreter der Wirtschaft klagen viel über die zu weit entfernten Autobahnen und die mangelhafte Anbindung an die Zentren. Die Breitbandversorgung ist aber ein ganz wesentlicher Hebel, diese natürlichen Nachteile auszugleichen. Selbstverständlich ist es Angelegenheit des Bundes, für weitgehend gleiche Bedingungen zu sorgen, wir wissen aber auch, dass wir uns darauf nicht in Gänze verlassen sollten.

Unsere Haushaltsberatungen standen unter dem Motto:

**„Attraktivität der Stadt für Bürger, Wirtschaft und Gäste erhöhen!“**

Mit der Abrechnung des Haushaltsjahrs 2016 bekam unsere Finanzkraft einen besonderen Schub, als wir bedingt durch außerplanmäßige Umstände um quasi 6 Mio. Euro reicher waren als wir vorher geglaubt hatten. Wir nehmen vor allem diesen Betrag zum Anlass, uns für die Abschaffung der Kindergartenbeiträge einzusetzen. Wir kämpfen seit Jahren an den verschiedensten Fronten:

1. es gibt mit den Freibeträgen keine hundertprozentige Gerechtigkeit. Wer einkommensmäßig ein klein wenig steigt, gerät schnell bei den Beiträgen in die nächst höhere Klasse
2. die Zeiterfassung angefangen im Kindergarten, die Datenverarbeitung im Jugendamt frisst Zeit und Geld; vor allem im Kindergarten selbst sollte die Bürokratie zugunsten der pädagogischen Arbeit zurückgeführt werden
3. in anderen Bundesländern existieren nachahmenswerte Modelle

Das sind nur ein paar Gedanken, die uns zu dem gemeinsam mit der BFS gestellten Antrag kommen lassen. Wir glauben, dass wir damit ein Zeichen setzen für eine kinderfreundliche, zukunftsorientierte Stadt.

Die Kultur gilt gemeinhin als weicher Standortfaktor. Menschen entscheiden sicher eher aus anderen Gründen, wo sie wohnen und leben wollen, aber eine gute Kulturpolitik hilft bestimmt hier und da, diese Wahl besser zu begründen. Dabei muss uns klar sein, dass wir kein Oberzentrum sind und damit vieles nicht leisten können. Aber die Textile, unsere Museen, die Jugendkunstschule und die vielen kulturell tätigen Vereine, um hier nur einige zu nennen, machen Schmallingen in den letzten Jahren zunehmend attraktiver. Unsere Nachbargemeinde Lennestadt, die ja in vielem sehr vergleichbar ist, hat seit Jahren ein äußerst erfolgreiches Kulturzentrum in Meggen. Wir jedoch treten auf der Stelle. In unsere beiden großen Hallen in Schmallingen und Bad Fredeburg werden gerade mehrere Millionen Euro investiert, ein Saal wie im pädagogischen Zentrum in Meggen ist aber an beiden Standorten nicht möglich. Wir schlagen daher vor, einen Planungsansatz von 30000 € für die Renovierung bzw. den Umbau der Aula am Schulzentrum Schmallingen festzulegen. Diese hat sich den Charme der 70er Jahre erhalten und schreitet geradezu nach Veränderung. Die Schulleitungen und der Vorstand der kulturellen Vereinigung würden sich gern in die Planungen mit einbringen. Außerdem wurde Frau Dr. Brockmann gefragt, ob nicht das Landesschülertheatertreffen „Maulhelden“ 2021 hier in

Schmallenberg abgehalten werden könne, was aus ihrer Sicht aber momentan mangels geeigneter Räumlichkeiten schwierig wäre.

Die Digitalisierung der Verwaltung und E-Government kommen nicht schnell genug voran. Dabei könnte sie die Bürger von Papierkram und Warterei entlasten und Kosten auch in der Verwaltung sparen helfen. Zwingende Voraussetzung sind digital zugängliche, eindeutig verknüpfbare und qualitativ hochwertige Registerdaten. Das betrifft das Grundbuch sowie die Melde-, Handels-, Fahrzeug- und Personensachstandsregister. Die große Politik in Brüssel und Berlin hat diese Zukunftsbaustelle erkannt und will die Realisierung vorantreiben. Wir sollten als Kommune unbedingt an diesem Thema dranbleiben und wo möglich die Umsetzung beschleunigen.

Der Tourismus bereitet uns in den letzten Jahren zunehmend Freude. In Schmallenberg fristet jedoch der Campingtourismus eher ein Schattendasein. Schmallenberg nimmt am Wachstum des Camping- und auch Wohnmobilmarktes bisher nur unzureichend teil. Das muss sich unbedingt ändern. Wir sehen die Vorteile eines zusätzlichen Angebotes für Wohnmobiltouristen insbesondere in folgenden Punkten:

1. Erhöhung der Attraktivität der Urlaubsregion Schmallenberg durch ein zusätzliches Angebot für diese speziellen und mobilen Urlaubergruppen
2. zusätzliche Umsätze für den örtlichen Einzelhandel, die Gastronomie und die privaten Freizeiteinrichtungen
3. Verbesserung der Auslastung von öffentlichen Einrichtungen wie SauerlandBAD, Wellenfreibad Schmallenberg, Museen, Veranstaltungen im öffentlichen Bereich
4. breitere Vermarktung der touristischen Attraktionen in Schmallenberg
5. Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen

Wir möchten dieses mit einem Planungskostenansatz von ca. 20.000 Euro für die Ausweisung von ca. 20 stadtnahen Wohnmobilstellplätzen unterstreichen.

Die Grundsanierung des Kurparkes Schmallenberg ist gelungen und die Besucher kommen in Scharen. Der Spielplatz wird ebenfalls von Eltern mit Kindern stark genutzt. Deshalb hat sich herauskristallisiert, dass eine öffentliche Toilette geboten ist. Dafür beantragen wir ebenfalls einen Haushaltsansatz und wünschen die Realisierung im Jahre 2018.

Das geplante Investitionsvolumen des kommenden Jahres ist wie in den Vorjahren so hoch, dass sich schon jetzt die Frage stellt, ob es gelingen kann, alle Maßnahmen in 2018 umzusetzen. Sollte es wieder so sein, dass vieles nicht umgesetzt wird, müssen wir dem künftig Rechnung tragen. Betonen möchten wir an dieser Stelle, dass wir von der UWG aufgrund der uns vom Ruhrverband überwiesenen ca. 20 Mio. Euro jetzt nicht übermütig werden. Dieses Geld darf unserer Ansicht nach nur für sinnvolle Investitionen und nicht zur Bezahlung laufender Kosten eingesetzt werden. Aber unsere finanzielle Situation war und ist ja auch ohne das Geld des Ruhrverbands absolut solide.

Für die von der Verwaltung geleistete Arbeit darf ich Ihnen, Herr Bürgermeister Halbe, Ihnen Herr König als Kämmerer und Ihnen Herr Dicke als technischer Beigeordneter ganz herzlich danken. Nehmen Sie bitte den Dank auch an für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die alle mit ihrem Einsatz zum Gelingen der vielfältigen Aufgaben in der Stadt beitragen.

30.11.2017 gez. Stefan Wiese, UWG-Fraktionsvorsitzender  
Es gilt das gesprochene Wort